

Satzung des Vereins „JuKi - Zukunft für Kinder und Jugendliche“

§ 1 Name, Sitz, Geschäftsjahr

1. Der Verein führt den Namen „JuKi - Zukunft für Kinder und Jugendliche“. Der Verein wird in das Vereinsregister beim Amtsgericht Schwäbisch Gmünd eingetragen; nach der Eintragung führt er den Zusatz „e.V.“.
2. Der Sitz des Vereins ist Gschwend.
3. Geschäftsjahr des Vereins ist das Kalenderjahr.

§ 2 Vereinszweck

1. Zweck des Vereins ist die Förderung der Jugendpflege und Jugendfürsorge. Der Verein versteht seine Aufgabe als Lebens- und Wesensäußerung der evangelischen Kirche und als Auftrag zur Ausübung christlicher Nächstenliebe.
2. Der Satzungszweck wird insbesondere verwirklicht durch die Unterstützung und Durchführung von Maßnahmen, Projekten, Angeboten und Veranstaltungen der Kinder- und Jugendhilfe. Dabei ist vor allem auf die Bedürfnisse von jungen Menschen zu achten.
3. Die Arbeit des Vereins richtet sich vor allem nach den Grundsätzen und der fachlichen Ausrichtung
 - a. des Sozialgesetzbuches (SGB), Achtes Buch (VIII), Kinder- und Jugendhilfe (KJHG)
 - b. einer lebensweltorientierten Jugendhilfe nach den Strukturmaximen der Jugendhilfe. Diese lauten: Prävention, Dezentralisierung-Regionalisierung, Alltagsorientierung, Integration, Partizipation.
4. Die Verwirklichung der Punkte 1. - 3. geschieht insbesondere durch
 - a. Kinder- u. Jugendarbeit
 - offene Spiel- und Sportangebote
 - offene Kinder- und Jugendarbeit
 - Kinder- und Jugendcircusangebote
 - Kinder- und Jugenderholung
 - Kinder- und Jugendkulturangebote
 - b. Jugendsozialarbeit
 - sozialpädagogische Hilfen in der schulischen und beruflichen Ausbildung
 - sozialpädagogische Hilfen bei der Eingliederung in die Arbeitswelt
 - sozialpädagogische Hilfen bei der sozialen Integration

- c. Hilfe zur Erziehung
 - Jugendberatung, Jugendbegleitung, Jugendbetreuung durch die Kombination aller Hilfen zur Erziehung
 - d. Schaffung eines soziokulturellen Zentrums für junge Menschen.
 - e. Familienerholung
5. Bei der Planung, Bewertung und Umsetzung der Aufgaben des Vereins nach den Punkten 1. - 4. ist insbesondere auf die Entwicklung von innovativen Maßnahmen, Projekten, Angeboten und Veranstaltungen zu achten. Kombinationen der genannten Aufgaben sind jederzeit möglich. Dabei sind Synergieeffekte mit allen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kräften erwünscht. Hierbei können auch andere gesetzliche Grundlagen ausgeschöpft werden wenn diese die Kinder- und Jugendhilfe unterstützen. Die Bedürfnisse der jungen Menschen sollen immer eine wichtige Rolle spielen.
6. Der Verein strebt die Aufnahme in das Diakonische Werk Württemberg e.V. an.

§ 3 Gemeinnützigkeit

1. Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
2. Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins.
3. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Körperschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.
4. Für anfallende Aufgaben und Arbeiten die das zumutbare Maß ehrenamtlicher Tätigkeiten übersteigt, können Personen beschäftigt werden. Es dürfen dafür keine unverhältnismäßig hohen Vergütungen gewährt werden. Mitglieder der Organe des Vereins können für ihre Leistungen für den Verein eine angemessene Vergütung erhalten.

§ 4 Mitglieder

1. Der Verein hat ordentliche und fördernde Mitglieder.
2. Ordentliche Mitglieder nehmen aktiv an der Vereinsarbeit teil.
3. Fördernde Mitglieder unterstützen die Aufgaben des Vereins, ohne an der Vereinsarbeit teilzunehmen; sie fördern die Vereinstätigkeit durch Geldbeträge oder Sachleistungen.

§ 5 Erwerb der Mitgliedschaft

1. Ordentliches Mitglied kann jede natürliche Person, förderndes Mitglied jede natürliche Person oder juristische Person werden, die die Zwecke des Vereins unterstützen will. Der Aufnahmeantrag ist schriftlich mit Angabe der gewünschten Mitgliedsart an den Vorstand zu richten.

2. Der Vorstand entscheidet über die Aufnahme. Gegen die Entscheidung des Vorstands ist die Anrufung der Mitgliederversammlung zulässig; diese entscheidet endgültig über die Aufnahme. Ihre Entscheidung unterliegt keiner Prüfung. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.
3. Die Entscheidung über Aufnahmeanträge wird den Bewerber/innen vom Vorstand schriftlich mitgeteilt. Der Vorstand ist nicht gehalten, Gründe für seine Entscheidung mitzuteilen.

§ 6 Beendigung der Mitgliedschaft

1. Die Mitgliedschaft erlischt

- durch den Tod bei natürlichen Personen
 - durch Auflösung der juristischen Person
 - durch freiwilligen Austritt
 - durch Ausschluß
2. Der freiwillige Austritt erfolgt durch schriftliche Anzeige an den Vorstand. Er ist nur zum jeweiligen Jahresende mit einer Kündigungsfrist von drei Monaten zulässig.
 3. Der Ausschluß erfolgt durch den Vorstand, wenn in der Person des Mitglieds ein wichtiger Grund vorliegt. Gegen die Entscheidung des Vorstands ist die Anrufung der Mitgliederversammlung zulässig; diese entscheidet endgültig über den Ausschluß. Bis dahin ruht die Mitgliedschaft.

§ 7 Beiträge

Die Mitgliederversammlung setzt einen Jahresbeitrag fest.

§ 8 Sonstige Rechte und Pflichten der Mitglieder

1. Die Mitglieder sind berechtigt, an den für sie vorgesehenen Veranstaltungen teilzunehmen.
2. Die Mitglieder sind zur Teilnahme an der Mitgliederversammlung berechtigt. Stimmberechtigt sind lediglich die ordentlichen Mitglieder, wobei jedes ordentliche Mitglied eine Stimme hat. Die Übertragung des Stimmrechts ist nicht zulässig.
3. Die Mitglieder sind verpflichtet, die Interessen des Vereins nach Kräften zu fördern und alles zu unterlassen, wodurch das Ansehen und der Zweck des Vereins gefährdet werden könnten. Die Mitglieder haben die Vereinssatzung und die Beschlüsse der Vereinsorgane zu achten.

§ 9 Organe des Vereins

Organe des Vereins sind:

- die Mitgliederversammlung (§ 10)
- der Vorstand (§ 11)
- der/die Geschäftsführer/in (§ 12)
- der Beirat (§ 13)

§ 10 Mitgliederversammlung

1. die Mitgliederversammlung findet jährlich statt und wird vom Vorstand unter Bekanntgabe einer Tagesordnung mindestens zwei Wochen vor dem Tag der Versammlung schriftlich einberufen. Der Vorstand kann außerordentliche Mitgliederversammlungen einberufen, sobald es das Interesse des Vereins erfordert; er muß dies tun, sobald die Einberufung von einem Drittel der ordentlichen Mitglieder unter Angabe des Zwecks und der Gründe schriftlich verlangt wird.
2. Die Mitgliederversammlung tagt öffentlich, sofern nicht durch Beschluß der Mitgliederversammlung die Öffentlichkeit für bestimmte Tagesordnungspunkte ausgeschlossen wird. Beiratsmitglieder und der/die Geschäftsführer/in haben immer Anwesenheits- und Rederecht. Über den wesentlichen Hergang der Mitgliederversammlung und die gefaßten Beschlüsse fertigt der Vorstand ein Protokoll an, das von dem/der Versammlungsleiter/in und von dem/der Schriftführer/in zu unterzeichnen ist und den Mitgliedern schriftlich zuzuleiten ist.
3. Die Mitgliederversammlung ist zuständig für:
 - die Wahl der Mitglieder des Vorstands (§ 11)
 - die Bestimmung der Vereinspolitik und die Genehmigung der Projekte, Angebote und Veranstaltungen im einzelnen
 - die Entgegennahme der Jahresberichte und -abschlüsse des Vorstands und dessen Entlastung
 - die Genehmigung des Haushaltsplanes
 - die Bestimmung der Mindestmitgliedsbeiträge
 - die endgültige Beschlußfassung im Widerspruchsverfahren gegen Vorstandsbeschlüsse
 - die Bestellung eines/einer Geschäftsführer/in (§ 12)
 - die Berufung des Beirats (§ 13)
 - die Bestellung von Ausschüssen (§ 14)
 - die Verabschiedung einer Geschäftsordnung (§ 15)
 - Satzungsänderungen
 - die Auflösung des Vereins.
4. Die Mitgliederversammlung ist bei Anwesenheit von mindestens der Hälfte der ordentlichen Mitglieder und mindestens eines Vorstandsmitglieds beschlußfähig.
5. Die Mitgliederversammlung faßt Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen, sofern nicht das Gesetz oder diese Satzung andere Mehrheiten vorsehen. Beschlüsse über Satzungsänderungen erfordern eine Zweidrittelmehrheit der anwesenden ordentlichen Mitglieder.
6. Die Mitgliederversammlung kann - mit Ausnahme von Satzungsänderungen - ihre Tagesordnung abändern oder ergänzen. Anträge auf Satzungsänderungen müssen bei der Einberufung der Mitgliederversammlung in der Tagesordnung aufgeführt werden und im Wortlaut vorliegen.

§ 11 Vorstand

1. Der Vorstand kann zwei oder drei Mitglieder haben. Er besteht aus einer(m) Vorsitzende(m) und einem oder zwei Stellvertreter/Innen. Je zwei Vorstandsmitglieder vertreten den Verein im Sinne von § 26 BGB gerichtlich und außergerichtlich.
Eine inhaltliche Arbeitsteilung der Vorstandsarbeit legen die Vorstände untereinander fest. Die Arbeitsteilung ist in der Geschäftsordnung des Vorstands niederzulegen.
2. Die Mitglieder des Vorstands werden von der Mitgliederversammlung einzeln für die Dauer von zwei Jahren mit einfacher Mehrheit der abgegeben Stimmen gewählt. Vorstandsmitglieder bleiben bis zur Neubestellung des jeweiligen Postens im Amt.
3. Die/Der Vorsitzende - im Verhinderungsfall ein/e Stellvertreter/in - beruft und leitet die Vorstandssitzungen, die nach Bedarf stattfinden. Auf schriftliches Verlangen eines Vorstandsmitglieds gegenüber der/dem Vorsitzenden ist unverzüglich eine Vorstandssitzung einzuberufen. Ordentliche Mitglieder sind berechtigt, auf Wunsch an den Vorstandssitzungen teilzunehmen, sofern der Vorstand nicht für bestimmte Tagesordnungspunkte Nichtöffentlichkeit beschließt. Die/Der Geschäftsführer/in und die Ausschußsprecher/innen nehmen an den Vorstandssitzungen beratend teil.
4. Bei Beschlüssen des Vorstands entscheidet Stimmenmehrheit; bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme der/des Vorsitzenden.
5. Der Vorstand legt entsprechend den Beschlüssen der Mitgliederversammlung die Einzelheiten der Vereinsarbeit fest. Er überwacht die Arbeit der Geschäftsstelle. Die Aufgaben des Vorstandes sind wie folgt zu definieren
 - a. Der Vorstand leitet die Vereinsarbeit
 - b. Zu seinen Aufgaben und Befugnissen gehören insbesondere
 - Festlegung und Durchführung des Programmes der im Sinne des § 2 der Satzung festgelegten Zielsetzung
 - Aufstellung des Wirtschaftsplanes, Ausführung des genehmigten Wirtschaftsplanes, Erstellung des Jahresabschlusses
 - Veränderungen an Betriebsgebäuden
 - Abschluß von Lizenz-Verträgen und Verträgen zur Übernahme oder Übertragung von Schutzrechten
 - Alle Geschäfte außergewöhnlicher Art, die mit einem besonderen Risiko verbunden sein können.
 - Personaleinstellungen bei leitendem Personal
 - Regelung übergreifender betrieblicher Strukturen
 - Verwendung von Liegenschaften
 - c. Alles Nähere regelt der Vorstand in einer Geschäftsordnung
6. Scheidet ein Vorstandsmitglied, aus welchem Grund auch immer, vorzeitig aus, so findet in der nächsten Mitgliederversammlung eine Ergänzungswahl statt.

7. Sollten das Vereinsregister beim Amtsgericht, das Finanzamt oder andere Behörden Einwände im Zusammenhang mit der Gründung, Fortsetzung etc. des Vereins und dessen Satzung haben, so können die erforderlichen Veränderungen durch die/den Vorstandsvorsitzende/n alleine ohne vorherige Zustimmung der Mitgliederversammlung und/oder des restlichen Vorstands vorgenommen werden. Die Vorstandsmitglieder sind unverzüglich, die Mitgliederversammlung baldmöglichst darüber zu informieren.

§ 12 Geschäftsführer/in

1. Die Mitgliederversammlung kann auf Vorschlag des Vorstands eine/n Geschäftsführer/in bestellen. Aufgabe der/des Geschäftsführer/in ist die Besorgung der laufenden Vereinsgeschäfte. Im Rahmen der Geschäftsführung folgt er/sie durch den Vorstand und Mitgliederversammlung gegebenen Richtlinien.
2. Die Verpflichtung der/des Geschäftsführer/in erfolgt durch die/den Vorsitzende/n des Vorstands auf der Grundlage eines dazu abzuschließenden Geschäftsbesorgungsvertrags.
3. Die/Der Geschäftsführer/in steht der Geschäftsstelle des Vereins vor und setzt die Vereinsaufgaben in die Tat um. Er/Sie konzipiert die Projekte, Angebote und Veranstaltungen im einzelnen und unterbreitet sie dem Vorstand. Er/Sie arbeitet mit den von der Mitgliederversammlung bestellten Ausschüssen zusammen.

§ 13 Beirat

1. Der Verein kann einen Beirat berufen. Über seine mögliche Einsetzung entscheidet die Mitgliederversammlung. Die Mitgliederversammlung beruft die Beiratsmitglieder auf Vorschlag des Vorstandes.
2. Der Beirat unterstützt die Arbeit des Vorstands. Er hat bis zu fünf Mitglieder. Die Mitglieder des Beirats müssen nicht Vereinsmitglieder sein. Die Mitglieder des Beirats wählen ihre/n Sprecher/in.
3. Die Aufgaben des Beirats bestehen in der beratenden Mitwirkung bei der Feststellung von Richtlinien für die Arbeit des Vereins oder bei der Durchführung einzelner Tätigkeitsbereiche. Er unterstützt den Verein bei der fachlichen Planung, Bewertung und Durchführung von Projekten, Angeboten und Veranstaltungen.
4. Der Beirat tritt bei Bedarf zusammen, mindestens einmal im Jahr. Beiratssitzungen finden auf Veranlassung des Vorstands oder auf Anregung von mindestens zwei Beiratsmitgliedern statt. Vorstand und Geschäftsführer/in haben das Recht auf Teilnahme an den Beiratssitzungen.

§ 14 Ausschüsse

1. Die Mitgliederversammlung kann zur Erledigung bestimmter Aufgaben Ausschüsse aus ihrer Mitte bestellen.
2. Die Ausschüsse treten nach Bedarf zusammen. Sie können Personen, die nicht Vereinsmitglied sind, beratend hinzuziehen.
3. Die Ausschüsse wählen ihre/n Sprecher/in. Diese berichten dem Vorstand laufend über die Arbeit ihrer Ausschüsse. Vorstand und Geschäftsführer/in haben das Recht auf Teilnahme an den Ausschusssitzungen.
4. Im Rahmen der ihnen von der Mitgliederversammlung übertragenen Aufgaben unterstützen die Ausschüsse den Vorstand bei der Planung und Durchführung

konkreter Projekte, Angebote und Veranstaltungen. Zu diesem Zweck kann der Vorstand den Ausschüssen Entscheidungsbefugnisse übertragen.

§ 15 Geschäftsordnung

Der Verein kann sich eine Geschäftsordnung geben. Über eine mögliche Einsetzung einer Geschäftsordnung entscheidet die Mitgliederversammlung mit einfacher Mehrheit der abgegeben Stimmen. Über eine Änderung der Geschäftsordnung entscheidet die Mitgliederversammlung mit einfacher Mehrheit der abgegeben Stimmen.

§ 15 a Privatrechtlich angestellte MitarbeiterInnen

Der Verein verpflichtet sich, mit seinen privatrechtlich angestellten Mitarbeitern Arbeitsverträge abzuschließen oder bestehende Arbeitsverträge dahingehend zu ändern, daß deren Mindestgehalt mit den Beschlüssen und Entscheidungen der arbeitsrechtlichen Kommission und ihres Schlichtungsausschusses übereinstimmt.

§ 16 Finanzierung

Der Verein finanziert die Durchführung seiner Aufgaben durch Beiträge, Umlagen, Spenden, öffentliche Zuschüsse und andere finanzielle Mittel, soweit sie nicht dem gemeinnützigen Zweck des Vereins widersprechen.

§ 17 Auflösung des Vereins

1. Die Auflösung des Vereins kann nur in einer besonderen und zu diesem Zweck einberufenen Mitgliederversammlung beschlossen werden. Der Auflösungsbeschluß bedarf einer Mehrheit wie bei Satzungsänderungen.
2. Bei Auflösung des Vereins ist die/der zum Zeitpunkt des Auflösungsbeschlusses amtierende Vorstandsvorsitzende Liquidator/in, es sei denn, die Mitgliederversammlung bestellt im Auflösungsbeschluß eine andere/n Liquidator/in (z.B. die/den bisherige/n Geschäftsführer/in des Vereins).
3. Bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins oder bei Wegfall der bisherigen Zwecke fällt das Vermögen des Vereins an das Diakonische Werk Württemberg e.V., das es unmittelbar und ausschließlich im Sinne dieser Satzung für gemeinnützige oder mildtätige Zwecke zu verwenden hat.